

Freitag, 24. Februar 2006

Mit Minderheit beschlossen (aus dem Main-Echo)

Mainhausens Etat mit 1,7-Millionen-Defizit - CDU-Mehrheit enthält sich

Mainhausen. Ein Defizit in Höhe von 1,7 Millionen Euro lastet auf dem Haushalt der Gemeinde Mainhausen, der jetzt in der Gemeindevertretung verabschiedet wurde - kurioserweise von einer Minderheit, denn bei kollektiver Stimmenthaltung der CDU-Mehrheitsfraktion und zwei Gegenstimmen von der FDP votierte lediglich die SPD für das Zahlenwerk. Liegt es an der bevorstehenden Kommunalwahl oder ist die Finanzentwicklung tatsächlich besser zu überblicken als im vergangenen Jahr? Weit über die Jahresmitte hinaus schleppten sich 2005 die Mainhausener Etat-Beratungen, in diesem Jahr hat das Parlament schon gute zwei Monate nach Vorlage des Entwurfs durch Bürgermeisterin Ruth Disser entschieden. Einbruch bei Zuweisungen gegenüber den im Dezember präsentierten Zahlen und dem seinerzeit angenommenen Fehlbetrag hat sich die Lage nochmals verschlechtert: Unter anderem musste die Einnahmeproggnose von 13,7 auf knapp 13,5 Millionen Euro nach unten korrigiert werden. Kräftigster, nur teilweise abzufedernder Schlag ins Kontor war laut SPD-Fraktionschef Kai Gerfelder eine Minderung der Schlüsselzuweisungen um volle 700000 Euro gegenüber 2005. Außerdem muss die Kommune diesmal 425000 Euro mehr als Kreisumlage abführen. Die Finanzlage der Gemeinde bezeichnete der Sozialdemokrat zusammenfassend als »katastrophal«, wies aber auch auf schwerwiegende »Altlasten« aus vergangenen Jahren hin: Fehlbeträge aus den Jahren 2003 bis 2005 im Gesamtumfang von allein 1,2 Millionen Euro seien zu verbuchen, weitere 290000 Euro gingen zu Lasten einer Fehlkalkulation des per Vertrag engagierten Abwasser- und Leitungsnetzbetreibers EVO, die noch rechnerisch bereinigt werden müsse. Konsolidierung zeigt Wirkung Unter dem Strich beginne das von der Bürgermeisterin initiierte Konsolidierungsprogramm Wirkung zu zeigen, betonte Gerfelder: Ohne die von außen verursachten Ausfälle und Zusatzbelastungen ergäbe sich im aktuellen Verwaltungsetat sogar eine freie Spitze. Noch nicht genug gespart wird indessen aus Sicht der CDU-Fraktion, deren Vorsitzender Christian Keller forderte weitergehende Konsolidierungsbemühungen und verteidigte einen Unionsantrag, der allen Rathaus-Ressorts interne Einsparungen in Höhe von zehn Prozent auferlegt hätte. Die Vorlage wurde allerdings zurückgezogen, nachdem aus der Verwaltung rechtliche Bedenken gegen eine derartige Pauschalregelung geltend gemacht worden waren. Nicht durchsetzen konnte sich die FDP, die insgesamt zehn Korrekturanträge zum Entwurf vorgelegt hatte. An den Bezügen der Kommunalpolitiker in Gemeindevorstand und -vertretung sowie den Verfügungsmitteln wollten die Liberalen sparen, fielen aber mit ihren Eingaben durch. Zurückgezogen wurden darauf hin weitere Forderungen nach Kürzungen bei Vereinszuschüssen und öffentlichem Nahverkehr sowie Erhöhung der Grundsteuer B. Im Gegenzug wollten die Liberalen die Kindergartengebühren senken. Glück hatte lediglich die SPD: Auf einstimmigen Beschluss des Parlaments wird jetzt geprüft, ob die Abfallgebühren gesenkt werden können. Straßen- und Kanalbau Mit 7,7 Millionen Euro recht umfangreich ist der Vermögenshaushalt, der unter anderem 810000 Euro für den Weiterbau des Mainflinger Feuerwehrhauses enthält. Verzögerungen bei diesem Projekt hatten im vergangenen Herbst bekanntlich für einige Aufregung gesorgt und sogar zu einem zeitweiligen »Einsatzstreik« von Aktiven geführt. Weitere große Posten: 350000 Euro für Straßensanierung, 1,25 Millionen für die Kanalerneuerung. Oliver Klemt

www.spd-mainhausen.de

SPD Mainhausen, V.i.S.d.P. Gisela Schobbe, Schillerstraße 68, 63533 Mainhausen